

Gunther Hauser

## Migration – ein Sicherheitsproblem?<sup>1</sup>

### Einleitung

Durch die verstärkte Migration aus Krisengebieten und wirtschaftlich benachteiligten Regionen Afrikas und Asiens ist bereits heute absehbar, dass sich bis weit nach dem Jahr 2015 höchste Belastungen für die Grenzsicherheit ergeben werden. Derzeit kommt es wie in den vergangenen zehn Jahren insbesondere an den südlichen Außengrenzen der EU wiederholt zu Massenanstürmen zehntausender einwanderungswilliger Migranten aus u.a. Afrika, Afghanistan und dem Irak. In Lampedusa, einer Insel mit ca. 20 Quadratkilometern Fläche und 5.000 Einwohnern, verglichen die Behörden Anfang 2011 die Lage mit einem Pulverfass. Bürgermeister Bernardino De Rubeis verordnete sogleich ein Alkoholverbot für Flüchtlinge, um die „*öffentliche Sicherheit zu garantieren*“. Nach dem Sturz des tunesischen Präsidenten Ben Ali im Januar 2011 kamen über 5.000 Tunesier in Lampedusa an, meist junge Männer zwischen 20 und 30 Jahre. Sie waren bestrebt, Arbeit zu bekommen und etwas Geld nach Hause zu schicken.<sup>2</sup> Das Auffanglager auf Lampedusa ist aber nur für 800 Flüchtlinge vorgesehen.<sup>3</sup> Um dem gewaltigen Flüchtlingsstrom an der griechisch-türkischen Grenze wirksamer entgegenzutreten zu können, hat sich die griechische Regierung entschlossen, am Fluss Evros einen meterhohen Zaun zu bauen. Durch dieses Nadelöhr kommt derzeit der Großteil der Migranten in die EU. Ein Abebben der Flüchtlingsströme ist nach wie vor nicht in Sicht.

Migration erweist sich insbesondere in der heutigen Zeit als enorme Herausforderung für die westliche Welt. Wohlstand, relative politische und ökonomische Stabilität besitzen vor allem für Menschen in weniger entwickelten, wirtschaftlich benachteiligten und konfliktreichen Regionen gewaltige Anziehungskraft. Dieser Beitrag hat einerseits zum Ziel, jene Fragen zu erörtern, in denen ganz bestimmte Arten der Migration Herausforderungen für die äußere Sicherheit darstellen. Andererseits soll der Frage nachgegangen

---

<sup>1</sup> Dieser Beitrag wurde mit Stand März 2011 verfasst.

<sup>2</sup> Aus: Kordula Doerfler, Auf Lampedusa strandeten in nur fünf Tagen mehr als 5.000 Flüchtlinge aus Tunesien, in: Die Presse, 15.2.2011, S. 5.

<sup>3</sup> Aus: EU will Mission vor Lampedusa starten, in: Die Presse, 16.2.2011, S. 3.

werden, welche Probleme Migration als Massenphänomen mit sich bringen kann, falls Migranten sowohl intern (aus der eigenen Diaspora heraus) als auch extern (von der *Gastgesellschaft* heraus) nicht die Möglichkeit eingeräumt wird, sich gesellschaftlich zu integrieren.

## **Der Massenansturm von Flüchtlingen und die Frontex**

Viele Flüchtlinge versuchen trotz massiver Absperrungen, die hohen Grenzzäune der spanischen Exklaven in Nordafrika, Ceuta und Melilla zu überwinden oder mit kleinen Booten und veralteten Schiffen via Italien, Malta oder auf dem Fußweg über Griechenland nach Europa zu kommen. Die Flüchtlingslager in Lampedusa, Malta, Ceuta, Melilla und in Fuerteventura waren bereits im Jahr 2005 überfüllt.<sup>4</sup> Der Druck von illegalen Zuwanderern an den EU-Außengrenzen wächst enorm an. Italien musste, verglichen mit 2007, ein Jahr später mit der Verdoppelung der Anzahl der über das Meer kommenden Flüchtlinge zurechtkommen. Insbesondere vor Lampedusa wurden Ende 2008 mehr als 32.000 afrikanische Flüchtlinge aufgegriffen.<sup>5</sup> Die libysche Küstenwache nahm von den Italienern aufgegriffene Flüchtlinge zurück. Nachdem Italien 2009 Verträge mit Libyen und Tunesien geschlossen hatte, kamen weniger Afrikaner über das Meer:<sup>6</sup> Um 98 Prozent sank die Zahl der Flüchtlinge, die auf Lampedusa landeten, innerhalb eines Jahres, von 37.000 im Jahr 2009 auf 400 im Jahr 2010.<sup>7</sup> In Tripolis schloss noch am 5. Oktober 2010 EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström eine Vereinbarung mit der libyschen Regierung, in deren Rahmen die EU bis 2013 rund € 50 Millionen für „*technische Hilfe und Ausrüstung*“ zum Schutz der EU-Grenzen zu zahlen beabsichtigte. Die Autokratie unter Muammar al-Gaddafi hatte schon zu diesem Zeitpunkt kein funktionierendes Asylwesen. Libyen ist nach wie vor das einzige nordafrikanische Land, das die Genfer UN-Flüchtlingskonvention nicht unterzeichnet hat. Das UN-Flüchtlingshochkommissariat UNHCR wurde am 8. Juni 2010 seitens der libyschen Regierung aufgefordert, das Land zu verlassen, da Libyen nicht Vertragspartner der

---

<sup>4</sup> So warteten nach einem großen Ansturm von Flüchtlingen auf Ceuta und Melilla im Oktober 2005 noch 20.000 Menschen in Algerien und Marokko, um in die spanischen Exklaven zu gelangen. Die EU reagierte mit der Freigabe von Finanzmitteln für den Ausbau der Grenzzäune. Quelle: ZIB 2-Bericht, 12.10.2005, ca. 22.15 Uhr, ORF Zeit im Bild.

<sup>5</sup> Aus: Ralph Schulze, „Bruder Fluchtboot“ – der Patron der Illegalen, in: Die Presse, 29.12.2008, S. 6.

<sup>6</sup> Aus: Stanley Pignal/Giulia Segreti, Italians fear African migration surge, in: Financial Times, 22.2.2011, S. 4.

<sup>7</sup> Ebenda.

Flüchtlingskonvention sei. Bis dahin hatte das UNHCR rund 12.000 Flüchtlinge in Libyen betreut.<sup>8</sup>

Die Szenen an den Grenzen zu Spanien, Italien und Griechenland sind Ausdruck der ökonomischen Ungleichheit zwischen Nord und Süd, der gescheiterten Entwicklungspolitik der EU-Mitgliedstaaten und der Bevölkerungsentwicklung. Migranten fliehen vor Konflikten, Hunger, Umweltkatastrophen und insbesondere vor schlechtesten sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen. Werden Flüchtlingslager überfull, sind zudem Unruhen nicht ausgeschlossen: Ende März 2009 gingen rund 500 afrikanische Immigranten im maltesischen Abschiebelager Safi auf die Barrikaden, um gegen die Lebensbedingungen im überfüllten Haftzentrum und gegen ihre Abschiebung zu protestieren. Steine, Flaschen und Dosen flogen, Zelte und Matratzen brannten. Wochen zuvor hatte es im Lager Lyster Unruhen gegeben.<sup>9</sup>

Um in die Zielländer in Europa zu gelangen, sind illegale Migranten von Menschenhändlern abhängig. Der jährliche Gewinn, der durch Menschenhandel im Jahr 2008 laut Angaben der ILO (*International Labour Organization*) erreicht wurde, betrug 31,7 Millionen US-Dollar. Die Opfer des Menschenhandels belaufen sich weltweit pro Jahr auf 2,4 Millionen Kinder und Erwachsene. Menschen werden in diesem Kontext zu Prostitution<sup>10</sup>, Diebstahl und Bettelei, in Spanien werden z.B. tausende afrikanische Einwanderinnen zur Prostitution mittels Prügel, Vergewaltigungen, Morddrohungen und Erpressungen gezwungen.<sup>11</sup> Zudem werden Kinder aus der Armut in die Kriminalität geschleppt mit der Aussicht auf besseres Leben; als Gegenleistung wird z.B. Einbruch verlangt, Kinder werden folglich darin „geschult“.<sup>12</sup>

Ab 2004 hatten sich die EU-Staaten zwar zur koordinierten Grenzsicherung über die ins Leben gerufene Agentur Frontex in Warschau verpflichtet. Statt jedoch in der Anfangsphase von Frontex ihre Anstrengungen zu verstärken,

---

<sup>8</sup> Aus: EU schließt Pakt mit Libyen über Zuwanderer, in: Die Presse, 6.10.2010, S. 4.

<sup>9</sup> Aus: Ralph Schulze, Rebellion in Europas schlimmsten Flüchtlingslagern, in: Die Presse, 26.3.2009, S. 6.

<sup>10</sup> So holen z.B. Menschenhändlerbanden Afrikanerinnen auf die Kanaren und Balearen und hielten sie wie Sexsklavinnen. Vorher wurden sie geschwängert, um ihre Abschiebung zu verhindern. Aus: Ralph Schulze, Mit Prügel zur Prostitution gezwungen, in: Die Presse, 5.3.2011, S. 10.

<sup>11</sup> Insgesamt gab es in Spanien Anfang 2011 mehr als 300.000 Prostituierte, der Großteil stammte aus dem Ausland – insbesondere aus Lateinamerika (Brasilien, Karibikstaaten), aus Afrika oder aus Moldawien und Rumänien. Aus: Ralph Schulze, Mit Prügel zur Prostitution gezwungen, in: Die Presse, 5.3.2011, S. 10.

<sup>12</sup> Aus: „Die Sklaverei des 21. Jahrhunderts“, in: Salzburger Nachrichten, 17.10.2009, S. 7.

hatte Frontex nach nur wenigen Wochen ihre Einsätze „Nautilus II“ (vor Malta) und „Hera 07“ (vor den Kanarischen Inseln) Ende Juli 2007 eingestellt. Die EU-Staaten blieben für die Durchführung der Einsätze ihre Beiträge schuldig. 90 Prozent der versprochenen Ressourcen wurden damals nicht bereitgestellt.<sup>13</sup> Die Frontex – die Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen – existiert auf operativer Ebene seit 2005 und ist eine EU-Gemeinschaftsagentur mit Sitz in Warschau (220 Mitarbeiter Anfang 2010).<sup>14</sup> Aufgaben der Frontex sind u.a die Koordination der operativen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten in der Überwachung der EU-Außengrenzen, die Unterstützung von Mitgliedstaaten bei der Ausbildung von Grenzschutzbeamten an den nationalen Grenzen, die Einführung einheitlicher Ausbildungsstandards und die Risikoanalyse. Der Haushalt der Frontex setzt sich zusammen aus Zuschüssen der EU, Beiträgen der Schengen-Staaten, aus Gebühren für Dienstleistungen und aus freiwilligen Beiträgen. Das Budget belief sich 2007 auf 22,2 Millionen Euro plus ein Reservebudget von € 13 Millionen, 2010 standen für die Frontex 80 Millionen Euro zusammen.<sup>15</sup> Beiträge für die Frontex kommen auch aus Großbritannien, Irland, Island, Norwegen und der Schweiz. Beispiele für Frontex-Operationen waren u.a. *Poseidon* im östlichen Mittelmeer (v.a. in Griechenland), *Hera* (Kanarische Inseln, Westafrika), *Nautilus* (Mittelmeer zwischen Nordafrika und Malta bzw. Süditalien) und *Amazon* (internationale Flughäfen, Kontrolle von Einwanderern aus Lateinamerika). Alle gemeinsamen Frontex-Operationen werden auf der Grundlage von Risikoanalysen eingeleitet. 2009 wurde ein Koordinationszentrum für die Rückkehr von Flüchtlingen (*Return Coordination Center*) im Rahmen des Rückführungsprojektes *Attica* eingerichtet, Ziel ist dabei auch eine verbesserte Koordination mit Georgien und Nigeria. Frontex schloss Abkommen mit Mauretanien und dem Senegal ab, die es der Frontex erlauben, im Hoheitsgebiet dieser Länder zu patrouillieren und Flüchtlingsschiffe abzufangen. Frontex organisierte und finanzierte eine europäische Sammelabschiebung am 3. Juni 2009 von Wien nach Nigeria sowie eine deutsch-polnische Massenabschiebung am 8. Juli 2009 von Berlin nach Hanoi.

---

<sup>13</sup> Aus: Regina Pöll, Sterben vor den Küsten: Chaos um Grenzschutz, in: Die Presse, 5.9.2007, S. 5.

<sup>14</sup> Aus: Gunther Hauser, Frontex und die Festung Europa, in: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.), Krieg im Abseits. „Vergessene Kriege“ zwischen Schatten und Licht oder das Duell im Morgengrauen um Ökonomie, Medien und Politik, Konferenzband der 27. Internationalen Sommerakademie des ÖSFK, Dialog 60 – Beiträge zur Friedensforschung, LIT Verlag, Münster-Hamburg-London-Berlin-Wien 2011, S. 212-230.

<sup>15</sup> Ebenda.

War Griechenland bereits in den letzten Jahren mit einer Flut von Zuwanderern konfrontiert, die auf dem Seeweg kamen, so versuchen nun immer mehr Menschen, über den Grenzfluss Evros ins Land zu gelangen. Die Menschen kommen aus Afghanistan, aus dem Irak und Iran, aber auch aus Afrika. Nachdem die Grenzen des Schengen-Raumes zu Nordafrika durch verschärfte Kontrollen sowohl auf europäischer als auch auf afrikanischer Seite des Mittelmeers dichtgemacht wurden, haben sich Schlepperorganisationen ein neues Schlupfloch über die Türkei gesucht. Viele der Zuwanderer wollen über Griechenland nach Mitteleuropa weiterziehen. Ein Teil stellt bereits im Ankunftsland einen Asylantrag.<sup>16</sup> 90 Prozent der illegalen Migranten kommen über die türkisch-griechische Grenze in die EU. Seit im Herbst 2010 ca. 180 Polizisten aus den EU-Staaten angerückt sind, verringert sich die Zahl der Migranten, die ihr Glück versuchen: Iraner, Iraker, Afghanen, Pakistani, Palästinenser, Afrikaner. Die Flüchtlinge, die aufgegriffen werden, kommen in die Aufnahmelager um Orestiada. Ein Zehntel der Bevölkerung in Griechenland sind Immigranten – 890.000 registrierte und schätzungsweise eine halbe Million illegale: „*Es ist wie eine Bombe in der griechischen Gesellschaft*“, sagte Christos Papoutsis, der Minister für Bürgerschutz. Nichts an den horrenden Zuständen in den Lagern zu ändern, ist folglich politisches Kalkül: Flüchtlinge sollen nicht noch ermutigt werden, den Übertritt nach Griechenland zu versuchen. Die Visafreiheit, die die Türkei den nordafrikanischen Ländern und auch Jemen gegeben hat, ist einer der Anreize (*pull factors*) für die Massenmigration. Dafür sollte ein Zaun errichtet werden, zwölfteinhalb Kilometer, auf der einzigen Landgrenze mit der Türkei bei Edirne. Der große Rest der Grenze verläuft in der Mitte des Evros. Von den 36.000 Flüchtlingen, die 2010 im Evros-Gebiet aufgegriffen wurden, kamen 26.000 über den Landabschnitt. Den Evros hatten sie zuvor problemlos auf der türkischen Seite über eine Brücke passiert.<sup>17</sup>

## **Der Import und Export von Konflikten**

Die Massenmigration bringt auch die Gefahr des Imports und des Exports von Konflikten in die / aus den Heimatländer(n) der Einwanderer mit sich: Viele Tausende Exil-Tschetschenen leben in Deutschland, ca. 7.000 bis 10.000, genau weiß es keiner, weil die Flüchtlinge mit russischem Pass einreisen. Die meisten Tschetschenen sind nach Deutschland geflohen vor

---

<sup>16</sup> Aus: Wolfgang Böhm, Österreichische Polizisten sichern Grenze zwischen Griechenland und Türkei, in: Die Presse, 3.11.2010, S. 5.

<sup>17</sup> Aus: Markus Bernath, Pflicht und Kür am Evros, in: Der Standard, 22.1.2011, Album A3.

den negativen Folgen zweier Kriege. Viele Tschetschenen haben Schreckliches erlebt, viele sind gequält und gefoltert worden. Andere geben genau dies vor, um in Deutschland Asyl zu bekommen. Viele Tschetschenen haben auch als Separatisten und als Islamisten gekämpft, gegen Russen und jene Tschetschenen, die mit der Führung im Kreml verbündet waren. Anfang 2009 galten 300 Tschetschenen, die in Deutschland lebten, als Islamisten. Der Verfassungsschutz beobachtet sie, und der Bundesnachrichtendienst interessiert sich für manche von ihnen als Informationsquelle. Tschetschenische Islamisten machen in Deutschland Propaganda für ihre Sache und sammeln Geld. Eine terroristische Gefahr gehe derzeit von ihnen, so die Sicherheitsbehörden, nicht aus. Die Szene gilt insgesamt als unauffällig, es gibt jedoch Ausnahmen: im Januar 2009 wurde z.B. in Wien der Exil-Tschetschene Umar Israilov erschossen. Israilov hatte dem tschetschenischen Präsidenten Ramsan Kadyrow vorgeworfen, ihn persönlich gefoltert zu haben. Folglich hatte er Klagen vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EuGHfMR) gegen Kadyrow angestrengt. Doch als er im Januar 2009 aus seiner Wohnung auf die Straße ging, warteten Auftragskiller auf ihn. Seither breiteten sich Gerüchte aus, Kadyrow wolle seine Gegner im Ausland ausschalten. Doch einen Beweis, dass Kadyrow bei diesem Mord in Wien involviert war, gibt es bisher nicht. Eine Ähnlichkeit wie im Fall des Magomed Balajew könnte jedoch gegeben sein. Balajew war Feldkommandant im ersten Tschetschenienkrieg, an brutalen Geiselnahmen beteiligt und Anhänger des radikalen Islams, bevor er 2000 nach Berlin kam. Er wurde Anfang 2006 tot in einem Waldstück bei Ferch in Brandenburg gefunden. Ein politisches Motiv wurde vermutet, doch Balajew war Opfer einer kriminellen Bande aus Russland geworden. Für deren Chef hatte er in einer Auseinandersetzung Personenschutz organisiert, aber das vereinbarte Honorar von 100.000 Euro hatte Balajew nicht erhalten. Als er dies einforderte und drohte, wurde Balajew in einem Auto erdrosselt.<sup>18</sup> Im April 2007 kam es zu einem Schusswechsel zwischen Asylwerbern der Russischen Föderation (Tschetschenien) in Baden bei Wien, ein Tschetschene wurde dabei getötet. Seitens des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) in Wien konnte im Juli 2007 ein verstärktes Anwerben von Kämpfern für den Widerstand gegen die von Russland unterstützte Regierung in Tschetschenien beobachtet werden.

Die kurdische PKK wiederum versucht unter den in Österreich lebenden 40.000 Kurden Sympathisanten für ihren bewaffneten Kampf gegen die

---

<sup>18</sup> Aus: Oliver Hoischen/Markus Wehner, Glockengeläut und Todeslisten, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.3.2009, S. 6.

türkische Regierung zu gewinnen. Seitens des BVT wird der Anteil der PKK-Sympathisanten bei den in Österreich lebenden Kurden auf 10% geschätzt. PKK-Aktivitäten außerhalb ihres bewaffneten Kampfgebietes inkludieren Propaganda und Öffentlichkeitsarbeit: 46 Personen der kurdischen Volksgruppe drangen z.B. am 5. März 2007 in Wien gewaltsam in das Gebäude der UNO-City vor und veranstalteten eine Kundgebung für Abdullah Öcalan, der seit 1999 in der Türkei inhaftiert ist.

Dramatische Szenen, die an einen Terrorangriff erinnerten, spielten sich am 24. Mai 2009 in einem indischen Tempel in Wien-Fünfhaus ab – ausgelöst vermutlich durch einen Glaubenskrieg. Während des Gottesdienstes um 13.40 Uhr betraten sechs radikale Sikhs den Tempel und mischten sich unter die Gläubigen. Plötzlich zog einer der Männer eine Waffe und feuerte auf einen Prediger der Glaubensrichtung Shri Guru Ravidas Sabha, der für diesen Gottesdienst in der Pelzgasse nahe dem Westbahnhof extra aus Indien angereist war. Es waren zu diesem Zeitpunkt zwischen 150 und 350 Besucher im Tempel. Zurück blieben mindestens 16 Verletzte, davon sechs Schwerverletzte. Auslöser des Angriffs dürfte ein Glaubenskrieg unter Sikhs in Wien gewesen sein. Der für die Predigt eingeflogene Guru sollte für eine größere Unabhängigkeit von den traditionellen Werten der Sikhs eintreten, womit er sich die Feindschaft radikaler Sikhs zugezogen hatte. In Fünfhaus treffen zudem Angehörige niedriger Kasten zusammen, unter ihnen sind kaum Männer, die Turban und Bärte tragen. In den Gotteshäusern in Donaustadt und Meidling halten sich Angehörige höherer Kasten auf.<sup>19</sup>

Aus dem sicheren Asyl in Baden-Württemberg soll ein Hutu-Führer seinen Kämpfern im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) Gräueltaten befohlen haben. Er fühlte sich in Deutschland sicher. Im November 2009 gelang den Behörden mit der Verhaftung von Ignace Murwanashyaka ein ziemlich großer Fang. Der gebürtige Ruander führte seit 2001 die brutale Hutu-Miliz FDLR, bis heute einer der wichtigsten Akteure des Bürgerkrieges im Osten der DRK. Menschenrechtsorganisationen und die UNO warfen ihr vor, zwischen Januar und November 2009 mindestens 630 Zivilisten getötet zu haben – zur Bestrafung für eine Offensive der Armee. Der Befehl soll direkt von Murwanashyaka aus Mannheim gekommen sein. Er und sein ebenfalls festgenommener Stellvertreter, der unbehelligt in Stuttgart lebte, seien „*dringend verdächtig*“, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen zu haben, hieß es in einer

---

<sup>19</sup> Aus: Martin Stuhlpfarrer, Sikhs-Attacke auf indischen Tempel, in: Die Presse, 25.5.2009, S. 10.

Mitteilung der Bundesanwaltschaft. 2000 hatte der Milizenführer problemlos politisches Asyl erhalten, die Bearbeitung seines Asylantrages dauerte nur sechs Wochen.<sup>20</sup>

## **Krawalle und Ideologisierung**

Für Europa stellt sich vor allem die Herausforderung, die Integration von Einwanderern und deren Nachkommen mit geringer Bildung zu bewältigen sowie die Bildung von Parallelgesellschaften zu vermeiden und einzudämmen. In diesem Kontext geht es um den friedlichen Zusammenhalt der Gesellschaft: In den ärmeren Bezirken europäischer Großstädte kam es wiederholt zu ethnischen Unruhen, wie z.B. 2005 in Birmingham zwischen afrikanischen und asiatischen Einwanderern. Im Oktober und November 2005 ereigneten sich Krawalle mit arbeitslosen Jugendlichen und Minderjährigen aus Einwanderervierteln, die von Pariser Vororten – wie Mantes-la-Jolie, Villiers-le-Bel, Clichy-sous-Bois, Aulnay-sous-Bois, Chelles und Bondy – ihren Ausgangspunkt nahmen. Dabei gab es einen Toten und zahlreiche Verletzte, zehntausende Autos brannten. Zerstört wurden zahlreiche Geschäfte, Restaurants, Kindergärten und Schulen.<sup>21</sup> In 38 französischen Städten erfolgte daraufhin das nicht unumstrittene Inkraftsetzen des Notstandsgesetzes aus 1955, das während des Algerienkrieges verabschiedet war. Es sieht Ausgangsverbote, Reisebeschränkungen sowie die Aufhebung der Bürgerrechte für zwölf Tage vor. Die Präfekten und die Vertreter des Staates in den *Départements* entschieden über Zonen und Uhrzeiten der Ausgangssperren, die Befugnisse der Sicherheitskräfte wurden dadurch erweitert. Heftigste Krawalle gab es Anfang November 2005 auch in Lyon, die Explosion einer Bombe legte sogar das U-Bahnssystem lahm. Autos brannten jede Nacht. Nachahmungstäter gab es auch in Deutschland, als in Berlin, Bremen und Hamburg Anfang November 2005 einige Fahrzeuge und Gebäude angezündet wurden. Einige wenige Autos brannten auch in Athen und Brüssel.

Falls in Deutschland die falschen politischen Signale gesendet werden, könnte es auch in der Bundesrepublik zu schweren Eskalationen kommen, warnten Soziologen. Die niederländischen Behörden warnten ebenfalls,

---

<sup>20</sup> Aus: Helmar Dumbs, Der Milizenchef aus Mannheim, in: Die Presse, 21.11.2009, S. 8.

<sup>21</sup> Auslöser der Gewaltwelle war der Tod zweier Jugendlicher, die am 27.10.2005 auf der Flucht vor der Polizei in ein Trafohäuschen eingedrungen waren und dabei durch Stromschläge getötet wurden.

dass bereits ein kleiner Zwischenfall das brisante Gemisch aus sozialen, ethnischen und religiösen Differenzen zur Explosion bringen könnte. Angesichts der schweren Krawalle in Frankreich hatte die iranische Regierung die Beachtung der Menschenrechte verlangt: *„Wir hoffen, dass die Regierung friedlich auf die Anliegen ihres Volkes reagiert“*, sagte der Sprecher des iranischen Außenministeriums, Hamid Reza Asefi. Regierung und Polizei müssten die moslemische Minderheit mit Respekt behandeln.<sup>22</sup> Jugendliche meinten in Paris: *„Wir bringen Bagdad nach Paris“*, in Anlehnung an jene terroristische Zellen, die in kleinen Organisationseinheiten die Besatzungsmächte und die irakischen Sicherheitskräfte bekämpften. Die islamischen Gemeinden in Frankreich riefen dagegen zum Frieden auf.<sup>23</sup>

*„Wenn die Politik das Thema Integration so emotionalisiert wie jetzt, kann es in Österreich zu Gewaltausbrüchen wie in Paris oder Berlin kommen“*, warnte der Jugendarbeiter Bülent Öztöplü vom Wiener Integrationsverein „Echo“. Öztöplü meinte, dass sich junge Menschen der zweiten Generation verstärkt in einer Trotzreaktion wieder *„traditioneller, islamistischer Werte“* besinnen, wenn sie öffentlich *„in eine Schublade“* gesteckt werden: *„In so einem Fall kommt der Religion die Rolle der kulturellen Schirmherrschaft zu“*. Wird muslimischen Jugendlichen die von ihnen angestrebte Identität als integrierte Österreicher abgesprochen, bedeutet die Flucht in den ursprünglichen Kulturkreis der Eltern die einzige Möglichkeit zur Manifestierung einer sozialen Identität. Vor diesem Hintergrund wird der Nachwuchs empfänglich für radikale Ideen: *„Moscheen sind Orte, wo inzwischen auch nationalistische Vereine Jugendarbeit machen.“* Gewalt- und Konfliktforscherin Rotraud Perner meinte dazu, es sei nicht zu tolerieren, dass Migranten nach Österreich kommen und sich zugleich gegen die österreichische Kultur richten. *„Für einen fundamentalistischen Islamisten sind wir Schlampen und Feiglinge.“* In der Integrationsdebatte kommt es in erster Linie jedoch darauf an, Integrationswillige nicht zu verletzen und Einheimische nicht zu frustrieren.<sup>24</sup>

Bassam Tibi, Islamwissenschaftler aus Deutschland, stellte fest: *„Der europäische Kontinent ist zur Hauptattraktion der globalen islamischen Migration*

---

<sup>22</sup> Aus: Iran fordert Frankreich zur Beachtung der Menschenrechte auf, Der Standard Online, 6.11.2005, 20:59 Uhr, <http://derstandard.at/?url=/?id=2232716>).

<sup>23</sup> Ebenda.

<sup>24</sup> Aus: Andreas Wetz/Martin Stuhlpfarrer, Integration: Experte warnt vor Gewalt, in: Die Presse, 18.5.2006, S. 1.

geworden.“<sup>25</sup> Im westlichen Europa leben schätzungsweise 23 Millionen Muslime (vier bis fünf Prozent der Bevölkerung), noch 800.000 Muslime gab es in Westeuropa im Jahr 1950; bei derzeitigen Zuwachsraten könnte sich die Zahl der Muslime in Europa bis 2025 verdoppeln. Genaue Zahlen über Muslime sind schwer zu ermitteln, da nicht alle Volkszählungen Konfessionen abfragen; die absolut und relativ größte islamische Gemeinde befindet sich in Frankreich (ca. 5 Millionen / 8 Prozent der Gesamtbevölkerung).<sup>26</sup> In Frankreich lebten Ende 2009 ca. 3.554.000 Moslems (5,9 Prozent der Gesamtbevölkerung), in Deutschland 4.026.000 (4,9 Prozent der Gesamtbevölkerung), in den Niederlanden 946.000 (5,7 Prozent der Gesamtbevölkerung), in Großbritannien 1.647.000 (2,7 Prozent der Gesamtbevölkerung) und in der Schweiz 323.000 (4,3 Prozent der Gesamtbevölkerung).<sup>27</sup> Laut der Berechnung von 2009 sind in Österreich Muslime fast zur Hälfte (49 Prozent) österreichische Staatsbürger. 21,2 Prozent von Österreichs Muslimen sind türkische Staatsangehörige, 10,1 Prozent Bosnier. Der Zuwachs der Muslime in Österreich machte im Zeitraum von 2001 bis 2009 rund 53 Prozent des gesamten Bevölkerungswachstums aus. Auffällig dabei ist, dass der Anteil am Zuwachs durch Geburten deutlich höher ist als jener, der durch Zuwanderung zustande kommt. Das liegt vor allem daran, dass es sich bei der muslimischen Bevölkerung um junge Menschen handelt – ihr Durchschnittsalter liegt etwa bei 25 Jahren; im Gegensatz zum österreichischen Durchschnitt, der bei 39,9 Jahren liegt. Laut einer Studie des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) leben 515.914 Menschen muslimischen Glaubens in Österreich (Stand 1. Januar 2009), das entspricht 6,2 Prozent der Bevölkerung. Zum Vergleich: 2001 machten 345.906 Muslime rund 4,3 Prozent der Bevölkerung aus.<sup>28</sup>

Bei mehreren Kulturen ergeben sich zwangsläufig oft Werte- und Ordnungskonflikte. Durch die globale Migration kommen aber nicht nur einfache Muslime, sondern auch Radikale nach Europa. Netzwerke des politischen Islam haben sich inzwischen in Europa angesiedelt, doch „viele Europäer schließen die Augen vor dieser Tatsache“.<sup>29</sup> In Europa ist derzeit ein wachsender Einfluss des politischen Islams (= Islamismus als politische

---

<sup>25</sup> Aus: Bassam Tibi, Euroislam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus Verlag, Darmstadt 2009, S. 8.

<sup>26</sup> Aus: Eva Male, Geboren und aufgewachsen in Europa, in: Die Presse, 23.7.2005, S. 3.

<sup>27</sup> Zahlen aus: Pew Forum, veröffentlicht in: Anteil der Muslime in Europa, in: Die Presse, 1.12.2009, S. 3.

<sup>28</sup> Aus: Erich Kocina, Mehr als 500.000 Muslime im Land, in: Die Presse, 26.2.2010, S. 15.

<sup>29</sup> Aus: Bassam Tibi, Euroislam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus Verlag, Darmstadt 2009, S. 9.

Strategie) festzustellen.<sup>30</sup> Die Gefahr dabei ist auch, dass Islamisierung ohne Gewalt erfolgen kann, d.h. schleichend und institutionell. Die Dschihad-Gewalt kann auch nachfolgen mit der Gefahr, dass der Islamismus die muslimische Diaspora „für sich als Hinterland erfolgreich instrumentalisiert.“<sup>31</sup> Es gilt in der Folge, „Muslime vor der Verführung des Islamismus in Europa zu schützen.“<sup>32</sup> Alice Schwarzer meinte dazu: Die „Islamisten haben nie einen Hehl aus ihren Absichten gemacht. So wenig wie einst die Nationalsozialisten. Auch in ‚Mein Kampf‘ stand ja schon alles drin.“ Weiters haben aufgeklärte Muslime (zu) lange geschwiegen, aus Angst, des Verrats an der eigenen islamischen Gemeinschaft bezichtigt zu werden. „Die Ersten, die redeten, waren nicht zufällig die Töchter, die sich nicht länger wegsperren und zwangsverheiratet lassen wollten“, erklärte Alice Schwarzer.<sup>33</sup> Islamisten, so Schwarzer, werden im Ausland ausgebildet. „Sie haben es verstanden, ihre wahren Motive zu verschleiern und Gutgläubige im Namen einer falschen ‚Toleranz‘ und ‚Religionsfreiheit‘ in die Irre zu führen. Doch ihr wahres Motiv ist nicht der Glaube, es ist die Macht.“<sup>34</sup> Das „wahre Problem ist die systematische Unterwanderung unseres Bildungswesens und Rechtssystems mit dem Ziel der ‚Islamisierung‘ des Westens, im Klartext: die Einführung der Scharia mitten in Europa.“ Schwarzer folgert daraus: „Die Taktik der Alt- und Neu-Islamisten ist seit dem 11. September 2001 mehr denn je die Verschleierung: die Verschleierung ihrer Absichten wie die Verschleierung der Frauen.“<sup>35</sup>

Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer gab zum Thema Radikalismus zu verstehen: „Ich möchte andere Religionen nicht als Feindbild betrachten. Gewaltanwendung, Gesetzesbruch, Intoleranz: Das sind unsere Gegner, nicht ein Glaube oder eine bestimmte Religion.“ Fischer lehnt „jede Form von Radikalismus ab. Natürlich ist mir eine Gesellschaft, in der bestimmte Grundwerte hochgehalten werden, sympathischer als eine, in der Beliebigkeit herrscht.“ Zudem meinte Fischer „Ich will keine Vorschriften machen. Ich bekenne mich zu den Menschenrechten und den Prinzipien des Humanismus. Ich achte die

---

<sup>30</sup> Aus: Alice Schwarzer (Hrsg.), Die große Verschleierung. Für Integration. Gegen Islamismus, 4. Auflage, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2010, Vorwort.

<sup>31</sup> Aus: Bassam Tibi, Euroislam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus Verlag, Darmstadt 2009, S. 8f.

<sup>32</sup> Ebenda, S. 9.

<sup>33</sup> Aus: Alice Schwarzer (Hrsg.), Die große Verschleierung. Für Integration. Gegen Islamismus, 4. Auflage, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2010, S. 13.

<sup>34</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 14.

<sup>35</sup> Ebenda, S. 15.

*christlichen Wurzeln der europäischen Gesellschaft und glaube, dass eine Gesellschaft, die sich daran hält, anderen überlegen ist.*<sup>36</sup>

## **Scharia und Dschihad und die Gefahr des Islamismus**

In Deutschland reagieren türkische Islamisten auf Vorbehalte – z.B. vor dem Kopftuch – mit Erhebung der Vorwürfe „*Feindbild Islam*“ und „*Rechtsradikalismus*“. Dies erschwert nicht nur eine sachliche Debatte, sondern ist darüber hinaus kein Zeichen einer demokratischen Debattierkultur.<sup>37</sup> Kopftuch ist eine Vorschrift des islamischen Rechts (Scharia).<sup>38</sup> Die türkische Regierungspartei AKP vertritt die Scharia – die Frau des türkischen Ministerpräsidenten tritt auch bewusst öffentlich mit dem Kopftuch auf<sup>39</sup> – und folglich keine säkulare Werteorientierung. Im Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (EuGHfMR) in Straßburg vom Mai 2004 hatte der Gerichtshof die Klage einer „Kopftuch-Muslime“ abgewiesen. Ein Grundrecht auf Tragen eines Kopftuches existiere somit nicht. Ein Kopftuchverbot sei sogar zulässig und stelle keine Verletzung der Menschenrechte dar.<sup>40</sup> 200 ähnlich gelagerte Klagen wurden vom EuGHfMR abgewiesen. Bis kurz vor der Urteilsverkündung war unter den Klägerinnen auch die Gattin des damaligen Außenministers und jetzigen Staatspräsidenten der Türkei, Abdullah Gül. Diese zog jedoch ihre Klage zurück, um die Partei ihres Mannes nicht in Verlegenheit zu bringen – gerade im Hinblick auf den Beginn der EU-Beitrittsverhandlungen Anfang Oktober 2005.<sup>41</sup>

Der seit den 1980er Jahren in der Türkei emporsteigende politische Islam hat die bereits seit der Entstehung des Landes bestehende strukturelle Fragmentierung anhand des Kopftuches polarisiert. Die sich durch Landflucht in die großen Städte vertiefende weltanschauliche Polarisierung wird durch die Migration auch nach Europa exportiert. So kann in Berlin-Kreuzberg das Kopftuch als äußeres Merkmal der Fragmentierung, die sich in der Diaspora-Kultur der Parallelgesellschaften widerspiegelt, vorgefunden

---

<sup>36</sup> Aus: Claudia Dannhauser, Martina Salomon, „Grundwerte“ statt „Beliebigkeit“, Interview mit Bundespräsident Heinz Fischer, in: Die Presse, 18.9.2007, S. 2.

<sup>37</sup> Aus: Bassam Tibi, Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, S. 9.

<sup>38</sup> Ebenda, S. 12.

<sup>39</sup> Ebenso die Frau des türkischen Staatspräsidenten Abdullah Gül.

<sup>40</sup> Aus: Bassam Tibi, Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, S. 12.

<sup>41</sup> Ebenda, S. 12.

werden. Die Journalistin Annette Ramelsberger meinte dazu: In Kreuzberg reden zudem Türken und Araber von „den Deutschen“ wie von Gegnern. Kleinkinder gehen bereits in Koranschulen, Mädchen tragen in der ersten Klasse Kopftuch. Der Islamismus breitet sich aus, es geht unglaublich schnell.<sup>42</sup> In Nordrhein-Westfalen gilt gemäß dem neuen Schulgesetz vom 1. August 2006 schon ein Verschleierungs- und Kopftuchverbot für Lehrerinnen.<sup>43</sup>

Der türkische Außenminister Ahmet Davutoglu meinte, Europa würde durch einen EU-Beitritt der Türkei nicht nur vielseitiger, sondern auch religiöser werden. Aufgrund der Migration von Osteuropäern, Portugiesen und Brasilianern in die Türkei werden „wir ... unser monokulturelles, nationalstaatliches Verständnis vom Islam stärken müssen“.<sup>44</sup> Es sei somit ein Problem, so Österreichs damalige Innenministerin Maria Fekter, dass in diesem Zusammenhang Imame vom türkischen Staat eingesetzt würden. Dieser politische Eingriff in die Religion sei zu verurteilen. Es sei auch nicht zu dulden, dass türkische Staatsdiener ihre Religion in Österreich lehrten: „Ich lehne nicht den Islam als Religion, sondern den politischen Islam ab“, so Fekter. Religionsfreiheit sei ein wichtiges Recht, dabei sei es aber wichtig, die Freiheit des Einzelnen zu bewahren. Die Durchsetzung dieser Freiheit ist durch Bevormundungen und dem politischen Druck, dem die Gläubigen oft ausgesetzt sind, nicht möglich. „Toleranz ist ein absolutes No-go im Islam“, so Fekter. Es sei wichtig, gemäßigte Gruppen zu stärken.<sup>45</sup>

In Frankreich empfand die Regierung die Kopftuchangelegenheiten als dermaßen brennend, dass 2003 eine Kommission einberufen wurde, die die Problematik des Kopftuches aus der Perspektive der Erhaltung der Errungenschaften der Französischen Revolution untersuchen sollte. Diese von Bernard Stasi geleitete 20-köpfige Experten-Kommission legte dem damaligen französischen Präsidenten Jacques Chirac ihren Bericht vor, in dem das Verbot des Kopftuches an staatlichen Schulen empfohlen wurde. In diesem Konflikt geht es darum, ob die *Laïcité* oder die Scharia als Werteorientierung geachtet wird,<sup>46</sup> also um den Erhalt laizistischer Ideale der Französischen

---

<sup>42</sup> Aus: Bassam Tibi, Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, S. 27.

<sup>43</sup> Aus: Carola Schneider, Vier Gründe für das Minarettverbot, in: Die Presse, 1.12.2009, S. 3.

<sup>44</sup> Aus: Angst vor Christentum, in: Die Presse, 5.11.2010, S. 8.

<sup>45</sup> Aus: Julia Neuhauser, Fekter: „Toleranz ist absolutes No-go im Islam“, in: Die Presse, 28.8.2010, S. 3.

<sup>46</sup> Aus: Bassam Tibi, Mit dem Kopftuch nach Europa? Die Türkei auf dem Weg in die Europäische Union, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, S. 112.

Revolution im Gegensatz zur zunehmend aggressiven Infragestellung der *Laïcité* durch radikale Islamisten, die das Kopftuch für ihre ideologischen Absichten instrumentalisieren. Chirac hatte angekündigt, die Empfehlung der Stasi-Kommission zu übernehmen und diese im Dezember 2003 im Gesetz als *Code de la laïcité* für 2004 zu berücksichtigen. Das Tragen von Kopftüchern ist folglich in den öffentlich-staatlichen Schulen – ebenso auch das Tragen von christlichen und jüdischen Symbolen – als Ausdruck der Gleichbehandlung verboten. Das französische Parlament verabschiedete dieses Gesetz – ohne Beachtung islamischer Proteste. Im August 2004 entführten Djiihadisten im Irak zwei französische Journalisten und drohten mit deren Enthauptung, sollte die französische Regierung das demokratisch verabschiedete *Laïcité*-Gesetz nicht zurücknehmen. Das Gesetz blieb, die Djiihadisten mussten die Niederlage einstecken, die Journalisten kamen frei.<sup>47</sup>

Kernbereiche der versuchten Islamisierung in Europa sind Scharia und Dschihad.<sup>48</sup> Somit müssen Muslime für eine Integration als europäische Bürger gewonnen werden, gerade in Zeiten zunehmender Polarisierungen, wie auch in jenem Fall.<sup>49</sup> Immer öfter fordern muslimische Männer in den Niederlanden, dass ihre Frauen nur von Ärztinnen und Krankenschwestern betreut werden. Die niederländische Ärztekammer wehrt sich nach wie vor dagegen: In einem Krankenhaus wurde eine hochschwangere Muslimin eingeliefert. Als der Vater sah, dass die Geburt von einem Gynäkologen vorgenommen werden sollte, rastete er aus und forderte, dass eine Gynäkologin seine Frau betreut. Fast kam es zu Handgreiflichkeiten. Daraufhin ließ der Arzt die Muslimin, deren Wehen begonnen haben, in ein anderes Krankenhaus bringen. Mutter und Kind gerieten dadurch in Lebensgefahr. Es hätte nicht viel gefehlt, und sie hätte nicht überlebt. Diesen Fall beschrieb die niederländische Ärzte-Fachzeitschrift „Medisch Contact“ im August 2007. Viele öffentliche Schwimmbäder passen sich inzwischen den Wünschen dogmatischer Muslime an. Sie bieten spezielle Öffnungszeiten und Schwimmkurse nur für muslimische Frauen an, durchgeführt von weiblichen Schwimmlehrern. Für Männer ist in dieser Zeit das Schwimmbad eine verbotene Zone. Viele niederländische Notare beugen sich auch dem Wunsch muslimischer Männer, wenn es um das Erbrecht geht. Sie wenden auf Wunsch ihrer Kunden de facto das Recht der Scharia an, indem sie die männlichen Erben bevorzugen und den Erbanteil von weiblichen Erben auf ein Mindestmaß reduzieren. Damit verstoßen die

---

<sup>47</sup> Ebenda, S. 113.

<sup>48</sup> Aus: Bassam Tibi, Euroislam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus Verlag, Darmstadt 2009, S. 11.

<sup>49</sup> Ebenda, S. 12.

Juristern klar gegen niederländisches Recht. Bisher wird dies von der Regierung toleriert. Ferner sind einige Banken dabei, so genannte *Halal-Hypothesen* und Darlehen anzubieten, ebenfalls nach islamischem Recht und de iure frei von Zinsen. Im Geburtenregister der Stadt Den Haag war 2007 der häufigste eingetragene männliche Vorname Mohammed.<sup>50</sup>

Eine Weltanschauung, die an Scharia und Dihad festhält, ist somit eine Bedrohung für die Zivilgesellschaft und für die säkulare Demokratie in Europa. Staaten wie Saudi-Arabien und Iran unterstützen die Islamisierung Europas, die Träger sind jedoch nicht-staatliche Akteure (Moslembruderschaft, Milli Görüs und ihre Moscheevereine).<sup>51</sup> Derartige Moslems verstehen Migration als ein Instrument der Islamisierung und befinden sich damit in einem Zivilisationskonflikt: *„Die heutigen Parallelgesellschaften entstehen friedlich, ohne Eroberung. Bestimmte islamische Migranten und einige Imame sehen Europa als einen Teil des Dar al-Islam/Haus des Islam. Das ist nichts anderes als eine Islamisierung des europäischen Territoriums, und eben darin besteht die Herausforderung an die zivilisatorische Identität Europas.“*<sup>52</sup>

Dass in Moscheen und Gebetshäusern auch islamistische Imame predigen, wurde in Österreich im Jahr 2005 deutlich. Der Prediger einer Moschee in Wien-Neubau hatte in einem Interview erklärt, dass echte Moslems in Österreich *„nie Teil der Gesellschaft sein könnten“* und die Attentäter von London vom 7. Juli 2005 grundsätzlich etwas *„Gutes im Sinne“* geführt hätten. Statt die Anschläge von London von *Rucksackbombnern* in seiner Predigt zu thematisieren, wie das die Islamische Glaubensgemeinschaft gefordert hatte, sprach er über die wirtschaftliche Benachteiligung von Moslems. Ein wegen der radikalen Aussagen von der Staatsanwaltschaft eingeleitetes Strafverfahren wurde eingestellt. Gegen ihn und den stellvertretenden Obmann des Vereins, der seine Moschee betreibt, war wegen Paragraf 281 Strafgesetzbuch (Aufruf zu Ungehorsam gegen Gesetze) und Paragraf 282 (Gutheißung mit Strafe bedrohter Handlungen) ermittelt worden.<sup>53</sup> 2005 gehörte diese Moschee zu insgesamt vier, die vom Verfassungsschutz als *radikal* eingestuft wurde und die vom BVT unter besonderer Beobachtung standen.

---

<sup>50</sup> Aus: Helmut Hetzel, Wenn der Arzt kein Mann sein darf, in: Die Presse, 13.8.2007, S. 6.

<sup>51</sup> Aus: Bassam Tibi, Euroislam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus Verlag, Darmstadt 2009, S. 26.

<sup>52</sup> Ebenda, S. 32.

<sup>53</sup> Aus: Klaus Stöger, Hassprediger in Österreich weiter aktiv, in: Die Presse, 30.5.2006, S. 1.

Gemäß einer vom deutschen Islam-Experten Mathias Rohe verfassten Studie seien 45 Prozent der Muslime in Österreich integrationsunwillig.<sup>54</sup> Die Perspektive der Europäisierung des Islam gilt es aber mehr denn je für Migranten jener Diaspora, die in gettoisierten Parallelgesellschaften als Enklave leben, also sich in Europa befinden, aber nicht zu Europa gehören, anzubieten und zu stärken.<sup>55</sup> Zu den sozialen Fakten gehört die Tatsache der „No-Future-Kids“ der *Islamgemeinde* (Schulabbruch, Arbeitslosigkeit, kulturelle Entwurzelung). Diese muslimischen Jugendlichen fühlen sich angefeindet, was wiederum ihre mangelnde Bereitschaft zu einer Europäisierung des Islam bedingt. Dies beeinträchtigt die islamische Akzeptanz von Demokratie, Pluralismus und individuellen Menschenrechten.<sup>56</sup> Die Anhänger der islamistischen Weltanschauung profitieren davon und fischen im trüben Wasser. Islamisten machen aus Ghettos bzw. aus existierenden Parallelgesellschaften „*islamische Enklaven*“.<sup>57</sup> Für Islamisten ist die Religion des Islam keine Ethik, sondern eine politische Ordnung der Scharia als Gottesherrschaft. Diese Vorstellung drückt das islamistische Verständnis von *din wa daula*, d.h. der Einheit von Staat und Religion, aus.<sup>58</sup> Religionsfreiheit besitzt jedoch Grenzen: Dazu gehört, dass Muslime Andersgläubige nicht als *Ungläubige* diskriminieren, wie sie dies in ihren Ursprungsländern tun.

## Radikalismus versus Radikalismus

Radikalisierungen der einen Seite gehen oft Hand in Hand mit Radikalisierungen anderer Seiten. Der Startschuss für den politischen Anti-Islamismus in Europa fiel in den Niederlanden, am Anfang stand ein Märtyrer: der Holländer und bekennende Homosexuelle Pim Fortuyn, der während des Wahlkampfes 2002 erschossen wurde. Diese Tat wurde nicht von einem Moslem, sondern von einem Tierrechts-Aktivisten verübt. Zu diesem Zeitpunkt hatte die aggressive Polemik des Rotterdamer Politikers, der für einen „*Kalten Krieg gegen die feindliche Religion Islam*“ eintrat, die traditionell konsensfreudigen Niederländer tief gespalten.<sup>59</sup> Sein Tod bescherte seiner Partei den Wahlsieg. 2004 ermordete ein islamischer Fundamentalist den

---

<sup>54</sup> Ebenda.

<sup>55</sup> Aus: Bassam Tibi, Euroislam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus Verlag, Darmstadt 2009, S. 35.

<sup>56</sup> Ebenda, S. 39.

<sup>57</sup> Ebenda, S. 40.

<sup>58</sup> Ebenda, S. 47.

<sup>59</sup> Aus: Karl Gaulhofer, Christian Ultsch, Das neue Gespenst der Islamophobie, in: Die Presse, 15.1.2008, S. 2.

Regisseur und Kolumnisten Theo van Gogh, der Moslems wiederholt als *Ziegenficker* bezeichnet hatte. Wieder stand das Land unter Schock. Als darauf in einer TV-Show der bedeutendste Niederländer gekürt wurde, landete Pim Fortuyn gleich nach Wilhelm von Oranien auf Platz zwei.<sup>60</sup> Innerhalb der EU wurde mit der Ermordung des niederländischen Filmemachers Theo van Gogh<sup>61</sup> durch einen extremistischen Moslem und die daraus entstandene anti-islamische Stimmung, bei der auch eine Koranschule in den Niederlanden angezündet wurde, die europaweite Diskussion um die gesellschaftliche Toleranz in einer Multikultur ausgelöst. Der Islamist Mohammed Bouyeri, der van Gogh im November 2004 ermordet hatte, hatte nach dem Lynchen (rituell wurde die Kehle wie bei einem Hammel durchgeschnitten) einen Brief am blutenden Körper mit dem Satz befestigt: „*Europa, jetzt bist Du dran.*“ Dies verstand sich als Drohung an alle, die es wagen, den Islam zu kritisieren.<sup>62</sup>

Radikale Gruppen in ganz Europa intensivieren ihren Kampf gegen Dialog und Toleranz in ihren Ländern. In der ironischen Situation des Streits um die Minarette in der Schweiz und in Österreich unterscheiden sich muslimische und westliche Radikale nicht so sehr voneinander, jedoch wesentlich zumindest in einem Punkt: Westliche Radikale sehen das Minarett als Symbol der Islamisierung der westlichen Welt, Islamisten interpretieren das Minarett als Beitrag zur Verweltlichung des Glaubens. Der Wiener Islamwissenschaftler Ednan Aslan meinte dazu: „*Der radikale Islam braucht nämlich weder Moscheen noch Minarette, sondern nur entmündigte Gläubige, die sich ohne gesellschaftliche Handlungskompetenzen auf die religiösen Autoritäten verlassen und ihre Sicherheit im dogmatischen Mief unter Glaubensgenossen suchen. ... Paradoxerweise sind die radikalen Gruppen auf beiden Seiten sehr daran interessiert, die Muslime am Rand für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. In der Abgeschiedenheit einer Parallelgesellschaft kann man sich den Feind schmieden, wie man ihn braucht.*“<sup>63</sup>

In der Schweiz dürfen künftig keine Minarette mehr gebaut werden. Für eine entsprechende Initiative von zwei rechtspopulistischen Parteien stimmten am 29. November 2009 57,5 Prozent der rund fünf Millionen stimmberechtigten

---

<sup>60</sup> Ebenda.

<sup>61</sup> Seine heftige Religionskritik wie z.B. im Film „Submission“ bezahlte der holländische Filmemacher Theo van Gogh mit dem Leben.

<sup>62</sup> Aus: Bassam Tibi, Euroislam. Die Lösung eines Zivilisationskonfliktes, Primus Verlag, Darmstadt 2009, S. 28.

<sup>63</sup> Ebenda.

Bürger. Auch die zweite Hürde, eine Mehrheit unter den 26 Kantonen, wurde mit 22 deutlich übersprungen. Nur in vier Kantonen an der Grenze zu Frankreich votierte eine Mehrheit gegen ein Minarettverbot. Die Abstimmungsbeteiligung lag bei 53,5 Prozent.<sup>64</sup> Das Schweizer Stimmvolk hat mehrheitlich nicht nur aus Angst vor Fundamentalismus für ein Minarettverbot gestimmt. Es setzte auch ein Signal gegen Überfremdung. Allgemein besteht auch in der Schweiz ein großes Unbehagen vor islamistischen Tendenzen. Von Minarettgegnern wurde stets thematisiert, dass es auch in der Schweiz Zwangsehen und Mädchenbeschneidungen gibt. Zwar werden solche Tatbestände in der Schweiz bereits heute strafrechtlich verfolgt, doch viele Stimmbürger wollten durch ein Minarettverbot ein zusätzliches Zeichen setzen, dass für Islamismus kein Platz ist. Hinter dieser Minarett-Abstimmung steckt *„nämlich das ganze Unbehagen! Das Unbehagen an den Gottesstaaten und ihren Steinigungen und Selbstmordattentaten. Das Unbehagen an der (Zwangs-)Verschleierung von Frauen selbst mitten in Europa. Das Unbehagen an der Zwangsverheiratung von hierzulande aufgewachsenen Töchtern und Söhnen. Das Unbehagen an der statistisch nachweisbaren höheren Gewalt in traditionellen muslimischen Familien. Das Unbehagen an der Relativierung von Emanzipation und Rechtsstaat, ja der ganzen Demokratie, und das im Namen anderer Sitten und eines, wahren Glaubens“*. Kurzum: die Sorge um die in den letzten 200 Jahren so mühsam und blutig erkämpften Menschenrechte im Westen. Es besteht die Sorge vor *politisch instrumentalisiertem Islam*.<sup>65</sup> In der islamischen Welt mehrten sich nach dieser Volksabstimmung Boykottaufrufe gegen die Schweiz. Die Schweiz wird jährlich von rund 250.000 muslimischen Touristen besucht, rund sieben Prozent der Schweizer Exporte gehen in muslimische Länder. Die Schweizer Wirtschaft hatte schon vor dem Referendum vor einem Boykottszenario gewarnt.<sup>66</sup> Kräftig fiel die Reaktion in der Türkei aus: Europaminister Egemen Bagis forderte Muslime auf, ihr Geld von Schweizer Konten abzuziehen. Staatspräsident Abdullah Gül nannte die Entscheidung der Schweiz eine „Schande“, Premier Recep Tayyip Erdogan nutzte die Gelegenheit einmal mehr für markige Worte und kritisierte das Minarettverbot als Zeichen einer *„zunehmenden rassistischen und faschistischen Haltung in Europa“*.<sup>67</sup>

---

<sup>64</sup> Aus: Minarettverbot spaltet die Schweiz, in: Die Presse, 30.11.2009, S. 1.

<sup>65</sup> Aus: Alice Schwarzer (Hrsg.), Die große Verschleierung. Für Integration. Gegen Islamismus, 4. Auflage, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 2010, S. 13.

<sup>66</sup> Ebenda, S. 31.

<sup>67</sup> Aus: Jan Keetman, Karim El-Gawhary, in: Islamische Länder rufen zu Schweiz-Boycott auf, in: Die Presse, 3.12.2009, S. 5.

<sup>68</sup> Aus: Ebenda.

## Schlussfolgerungen

Migrationen vor allem von Menschen aus unterschiedlichen Kulturkreisen außerhalb der EU können insgesamt zwar Bereicherungen für das EU-Gesellschaftssystem darstellen, bergen jedoch insofern folgende Sicherheitsrisiken, wenn u.a.

- Migration im großen Stil unkontrolliert und somit illegal erfolgt;
- dadurch die gesellschaftliche Stabilität in manchen Regionen nicht mehr gewährleistet ist;
- sich Migranten weigern, die pluralistisch-demokratischen Traditionen ihres neuen Gastlandes auch in religiöser Hinsicht anzunehmen;
- und wenige Chancen haben, sich im neuen Gastland wirtschaftlich und sozial zu entwickeln und folglich sich in ihre neuen Gesellschaften zu integrieren.

Maria Vassilakou, Vizebürgermeisterin der Stadt Wien (*Die Grünen*), meinte im Jahr 2008: „*Es geht in der Integrationspolitik darum, Zuwanderer zu einem Teil der österreichischen Gesellschaft zu machen. Ihnen in Österreich ein Zuhause zu geben, zu erreichen, dass sie sich im Herzen zu Österreich bekennen. Es bedeutet, dass es Rechte, aber auch Pflichten gibt. Es geht auch und sehr wohl um ein Bekenntnis zu einigen wesentlichen Werten. ... Es war ein wesentlicher Fehler der modernen linken Bewegung in Österreich, dass sie diesen Wertediskurs nicht geführt hat. Als Beispiel nenne ich jetzt die Selbstbestimmung des Menschen, soziale Solidarität, Feminismus und etwa das Bekenntnis zum liberalen Rechtsstaat, inklusive der Menschenrechtskonvention.*“<sup>68</sup> Vassiliakou hielt auch fest, „*dass die meisten Religionen nicht unbedingt Garant für Gleichberechtigung der Frauen sind. Der Islam ist da alles andere als eine Ausnahme ... Der Islam wird in der Öffentlichkeit leider nur durch die konservative Linie vertreten.*“<sup>69</sup>

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi (Universität Göttingen) kritisierte in diesem Zusammenhang, dass es in Europa ein falsches Verständnis für Toleranz gebe: Toleranz soll gegenüber dem Islam, aber strenge Sicherheitspolitik gegenüber dem Islamismus ausgeübt werden.<sup>70</sup> Der Islam sei Religion, der Islamismus eine politische Ideologie, folglich hat der Islam nur einen Platz in Europa, wenn seitens seiner Anhänger Demokratie und Menschenrechte

---

<sup>68</sup> Aus: Rainer Nowak, Grüne: Pflichtkurse für Migranten, Interview mit Maria Vassiliakou, Chefin der Grünen in Wien, in: Die Presse, 18.10.2008, S. 14.

<sup>69</sup> Ebenda.

<sup>70</sup> Aus: Hans Kronspies, „Die Europäer sind naiv und blauäugig“, Interview mit Bassam Tibi, abgedruckt in: Die Presse, 13.11.2004, S. 4.

akzeptiert werden. Somit darf es in Europa weder Dschihad noch Scharia geben. Die europäische Vorstellung der multikulturellen Gesellschaft dürfe aber nicht in eine völlige Beliebigkeit der Werte und somit in eine offensichtliche Gleichgültigkeit gegenüber der Entwicklung des gesellschaftspolitischen Systems in Europa hinauslaufen nach dem Motto: Beliebigkeit der Werte – alles ist erlaubt. Europäische Werte wie Menschenrechte und pluralistische Demokratie sind so wertvoll und kostbar, dass sie verteidigt werden müssen. *„Europa muss einen Dialog mit dem Islam führen, aber dabei immer zu den europäischen Werten stehen.“*<sup>71</sup> Der Islamwissenschaftler Adnan Eslan (Universität Wien) betonte in diesem Kontext: *„Es ist an der Zeit, dass der innerislamische Diskurs sich intensiver mit den Grundwerten Europas auseinandersetzt und die Ängste der Menschen ernst nimmt und an gemeinsamen Lösungen arbeitet. Sich dieser Herausforderung zu stellen, ist ohne Alternative.“*<sup>72</sup> Eslan verdeutlichte folglich: *„Uns bleibt nichts anderes übrig, die Muslime in Europa zu integrieren und sie auf ihrem Weg in die Mitte der Gesellschaft zu ermutigen sowie ihre Bildungschancen zu erhöhen ... Die Muslime haben in diesem Prozess mehr denn je die herausfordernde Aufgabe, ihre Religion mit einer europäischen Prägung darzustellen, sodass der Islam nicht als fremdes und bedrohliches Phänomen wahrgenommen wird.“*<sup>73</sup>

Wolfgang Thierse, der damalige Bundestags-Vizepräsident (SPD), fasste seine Meinung zum Thema „Integration“ wie folgt zusammen: *„Wir haben Millionen Zugewanderte. Mit dem größeren Teil gibt es keine Probleme, mit einem beträchtlichen Teil allerdings schon. Und zwar, weil die Integrationsangebote zu gering waren und die Integrationspflichten ebenfalls. Daraus müssen die richtigen Konsequenzen gezogen werden, ohne in Rechtspopulismus zu verfallen.“*<sup>74</sup> Thierse weiter: *„Wir leben in einem Land positiver wie negativer Religionsfreiheit. Es müssen auch Bürger islamischen Glaubens die Religionsfreiheit der anderen respektieren. Das ist gelegentlich nicht selbstverständlich.“*<sup>75</sup> Zudem betonte Thierse: *„Ich glaube, dass es keine Integration ohne Assimilation gibt. Man muss sich auf die Lebensverhältnisse in einem Land, in dem man leben will, einlassen. Man wird ja schließlich nicht zum Herkommen gezwungen.“*<sup>76</sup>

---

<sup>71</sup> Ebenda.

<sup>72</sup> So der Religionspädagoge Ednan Aslan von der Universität Wien, in: Ednan Aslan, *Der radikale Islam braucht keine Moscheen*, in: Die Presse, 3.12.2009, S. 30.

<sup>73</sup> Ebenda.

<sup>74</sup> Aus: Claudia Dannhauser, *„Es kann keine Integration ohne Assimilation geben“*, Interview mit Bundestagsvizepräsident Wolfgang Thierse (SPD), in: Die Presse, 8.11.2010, S. 4.

<sup>75</sup> Ebenda.

<sup>76</sup> Ebenda.

Zu den Fragen der gesellschaftlichen Integration stellen auch jene der wirtschaftlichen Integration – deren wirksame Beantwortung ist für die Realisierung einer umfassenden Sicherheit äußerst relevant – eine gewaltige Herausforderung dar. So genannte Parallelgesellschaften können den Nährboden für kriminelle Aktivitäten bilden. Max-Peter Ratzel, damaliger Direktor von Europol, warnte 2006 in diesem Zusammenhang: Internationale Verbrechenorganisationen nutzen neue Technologien, den Wegfall von Grenzkontrollen innerhalb des Schengenraumes und infiltrieren die EU über sich abgeschlossene Drittstaat-Gemeinschaften: *„Abgeschlossene Gemeinschaften von Drittstaatenangehörigen nehmen durch legale und illegale Zuwanderung stetig zu.“*<sup>77</sup>

Um den Massenansturm an den EU-Außengrenzen bewältigen zu können, benötigt die Union dringend ein abgestimmtes und wohl koordiniertes einheitliches Asylwesen. Die Flüchtlingsproblematik gemäß Dublin II nur auf Ankunftsstaaten im Mittelmeerraum wie Griechenland, Italien oder Malta abzuschieben, ist für die Bewältigung dieser hochbrisanten Herausforderung sicherlich nicht zielführend. Aus dem festen Entschluss der EU-Staats- und Regierungschefs, bis Ende 2012 ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem zu schaffen, ist die Luft jedoch vorerst wieder draußen: Die Wirtschaftskrise, der innenpolitische Druck rechtspopulistischer Parteien auf zahlreiche Regierungen und die Unfähigkeit einiger südosteuropäischer Staaten zur Schaffung eines funktionierenden Asylwesens legen zusätzlich die Axt an dieses politische Unterfangen. Pro Jahr suchen rund 260.000 Asylwerber um Zuflucht in die EU an. Zusätzlich zum Anstieg der Flüchtlingszahl an der griechisch-türkischen Grenze ist, seitdem die EU Ende 2009 die Visumpflicht für Serben und Mazedonier aufgehoben hat, ebenso die Zahl der Asylwerber aus den beiden Ländern sprunghaft gestiegen. Laut dem deutschen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge suchten bis Ende November 2010 4.218 Serben und 2.319 Mazedonier in Deutschland um Asyl an. 2009 waren es nur 581 Serben und 109 Mazedonier. Die Europäische Kommission drohte wieder, die Visumpflicht einzuführen.<sup>78</sup>

Die EU-Staats- und Regierungschefs riefen am 2. Dezember 2009 im Rahmen des Stockholmer Programms zur *„Entwicklung umfassender und*

---

<sup>77</sup> Diese Schlüsse stammen aus dem ersten Bericht über Organisierte Kriminalität in der EU, den Europol-Direktor Max-Peter Ratzel am 2.6.2006 in Luxemburg beim EU-Innenministertreffen präsentierte. Aus: Friederike Leibl, Internationale Mafia erobert Europas Unterwelt, in: Die Presse, 3.6.2006, S. 5.

<sup>78</sup> Aus: Oliver Grimm, Gemeinsames EU-Asylwesen rückt in weite Ferne, in: Die Presse, 8.2.2011, S. 7.

*nachhaltiger europäischer Rahmenvorgaben“ auf, „mit denen im Geiste der Solidarität Schwankungen der Migrationsströme angemessen und proaktiv begegnet werden kann.“ Zwar sollte der Grundsatz gewahrt bleiben, dass jenes EU-Land, in dem ein Asylwerber erstmals Unionsterritorium betritt, für sein Asylverfahren zuständig sein soll (so sieht das die Dublin-II-Verordnung vor). Diese Bestimmung ist aber ausschließlich für jene EU-Staaten bequem, die nicht an den Außengrenzen der Union liegen. Sie können so gut wie jeden Asylwerber, der nicht per Flugzeug angekommen ist, des Landes verweisen. Umgekehrt kommen die Asylsysteme von EU-Grenzstaaten unter besonders starken Druck. Sie weisen im Extremfall Griechenlands so gut wie jeden Asylwerber ab.<sup>79</sup> Die EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström, möchte diese Verordnung so ändern, dass Asylwerber bei starkem Anschwellen des Flüchtlingsstroms in einem Land oder dem Versagen der Behörden nicht mehr in ihr Erstaufnahmeland zurückgeschickt werden dürfen. Aber weder im Rat noch im Parlament gab es bei der Erstellung dieses Beitrages (Stand: 7. März 2011) diesbezüglich Fortschritte. Die Novelle der Richtlinie über Aufnahmebedingungen von Asylwerbern (mit Malmströms Vorschlag des Zugangs zum Arbeitsmarkt nach sechs Monaten) steckt ebenso fest wie jene über Grundsätze im Asylverfahren.*

Zu viele (illegale) Einwanderer an einem Platz führen zu weiteren Konflikten: Anfang Januar 2010 kam es in der kalabrischen Kleinstadt Rosarno zu Straßenkämpfen zwischen illegalen Einwanderern aus Afrika, der örtlichen Bevölkerung und Sicherheitskräften. Ausgelöst wurden die Unruhen durch Schüsse auf eine Gruppe von Einwanderern. Hunderte von afrikanischen Wanderarbeitern zogen randalierend durch Rosarno, setzten Autos in Brand und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Ein Teil der Bevölkerung blies zur Hatz auf die so genannten Clandestini. Die Behörden lösten das Problem auf folgende Weise: Sie ließen 2.000 Ausländer in Auffanglager in anderen Städten einweisen. Seitdem hat sich die Lage in Rosarno wieder beruhigt. Mehr als 4,5 Millionen Ausländer leben in Italien (7 Prozent der Bevölkerung). Sie arbeiten in den Fabriken des Nordens, auf den Feldern des Südens, putzen Wohnungen, bedienen in Restaurants und pflegen Alte und Kranke. und die Mehrzahl besitzt gültige Papiere. Doch daneben gibt es Parallelökonomien, die sich skrupelloser Methoden bedienen und vor allem Afrikaner zu Beschäftigungen zwingen, die moderne Formen der Sklaverei annehmen. Mehr als 50.000 Migranten sollen in

---

<sup>79</sup> Ebenda.

ganz Italien unter ähnlichen Verhältnissen wie in Rosarno leben und zu höchst bescheidenen Löhnen eine Existenz fristen, die sich kaum von der in den Slums von Luanda oder Lagos unterscheidet.<sup>80</sup>

Die Megatrends – Bevölkerungswachstum, Urbanisierung, Klimawandel, Lebensmittelsicherheit, Wasserknappheit – vermischen sich einerseits zunehmend.<sup>81</sup> Andererseits veranlassen Wasserknappheit, kriegerische Konflikte, Naturkatastrophen, schlechte soziale und wirtschaftliche Zustände sowie politische Unterdrückung immer mehr Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Anfang 2010 waren weltweit mehr als 43 Millionen Menschen auf der Flucht, davon rund 26 Millionen unter „UNHCR-Mandat“. Der Irak, Afghanistan und Somalia waren 2009 die Länder, aus denen die meisten Menschen flohen. In Europa waren Russland (Kaukasus-Region) und die Türkei (Kurdern) die größten Herkunftsländer.<sup>82</sup> Weltweit wird eine gemeinsame Strategie für den Aufbau von Krisengebieten dringend benötigt, um Massenmigrationen zu verhindern. Ziel sollte es in diesem Zusammenhang sein, die Entwicklungszusammenarbeit weltweit zu koordinieren und folglich zu verbessern, gemäß dem Prinzip: Hilfe zur Selbsthilfe. In jenen Fällen, in denen es keine Chance mehr auf Rückführung von Flüchtlingen gibt, müssen Migranten bestens in die EU sozial und wirtschaftlich integriert werden – dies stärkt vor allem den Dialog und die somit die Sicherheit innerhalb der Gesellschaft.

Europa ist gerade in diesem Kontext von einer ernsthaften Gefahr von innen konfrontiert: *„Manche Moslems sind nur auf dem Papier europäische Staatsbürger. Die Loyalität fehlt.“*<sup>83</sup> Der radikale Islam verbreitet sich unter nachkommenden muslimischen Einwanderern vor allem in zweiter und dritter Generation. Die Integration erscheint diesen als nicht geglückt, Immigranten sind desillusioniert, die Zunahme von folglich „hausgemachten“ Mudschaheddin bedroht Europa wie die USA. Der „Vorteil“, den europäische Djihadisten gegen den Westen haben, ist, dass sie EU-Pässe besitzen und zumeist ohne Visa in die USA reisen können. In der EU stellen Migranten aus Nordafrika eine der größten Einwanderergruppen, und auch die meisten der untersuchten Terroristen Europas – 59 Prozent – stammen aus dem Maghreb.<sup>84</sup> Zudem

---

<sup>80</sup> Aus: Kordula Dörfler, Die trügerische Ruhe nach Rosarno, in: Die Presse, 11.1.2010, S. 6.

<sup>81</sup> Aus: Interview mit dem Leiter des UNHCR, António Guterres, „Unser Wunsch wäre es, den Betrieb einzustellen“, in: Der Standard, 22.1.2011, S. 2.

<sup>82</sup> Aus: Das Zeitalter der Flüchtlinge, in: Der Standard, 22.1.2011, S. 6 und 7.

<sup>83</sup> Aus: Eva Male, Geboren und aufgewachsen in Europa, in: Die Presse, 23.7.2005, S. 3.

<sup>84</sup> Zu diesem Ergebnis kamen die beiden amerikanischen Wissenschaftler Robert S. Leiken und Steven Brooke vom Nixon-Center in Washington in ihrer Studie *„A Quantitative Analysis of Terrorism and Immigration“*, Aus: Eva Male, Geboren und aufgewachsen in Europa, in: Die

wirken fundamentalistische Strömungen von außerhalb Europas ein. Die Gefahr besteht nach wie vor, dass die Internationalisierungs- und Konsolidierungsbestrebungen der Al Kaida im Maghreb, Irak und Pakistan eine verstärkte Radikalisierung islamistischer Extremisten und Extremistinnen in der EU bewirkt.<sup>85</sup> Die Radikalisierung betrifft hauptsächlich die zweite muslimische Generation, sie wird von Kriegsentwicklungen in Afghanistan, Irak und Tschetschenien vorangetrieben. Ein wachsender Stellenwert islamistischer Internetforen ist ebenso zu verzeichnen. Prävention und Integration von Muslimen erhält somit oberste Priorität. Integration kann jedoch Radikalismus nur bedingt verhindern. Den Dialog von Kulturen und Religionen zu intensivieren, erscheint in diesem Kontext mehr als notwendig.<sup>86</sup>

Österreichs Bundespräsident Heinz Fischer betonte: *„Es gibt keine Insel der Seligen mehr – aber Österreich ist nach wie vor eines der sichersten Länder. Wir müssen alles tun, damit das auch in Zukunft so bleibt.“*<sup>87</sup> In Bezug auf Radikalismen kann Dialog *„nicht falsch sein, ist aber für sich allein nicht genug. Man muss auch soziale Ursachen von Radikalisierung bekämpfen. Es ist unbestreitbar, dass Personen mit Migrationshintergrund vom Bildungssystem mehr gefördert werden müssen. Auch das ist ein Beitrag zu Stabilität und Sicherheit. Es ist eine Kombination aus polizeilichen, sozialen und gesellschaftlichen Maßnahmen nötig.“*<sup>88</sup>

---

Presse, 23.7.2005, S. 3.

<sup>85</sup> Aus: BM.I, Verfassungsschutzbericht 2007, Wien 2008, S. 35.

<sup>86</sup> Ebenda, S. 103.

<sup>87</sup> Aus: Claudia Dannhauser, Martina Salomon, „Grundwerte“ statt „Beliebigkeit“, Interview mit Bundespräsident Heinz Fischer, in: Die Presse, 18.9.2007, S. 2.

<sup>88</sup> Ebenda.